

Neues Netzwerk wacht über Kinderschutz

Beim ersten Treffen wurden zunächst einmal der gesetzliche Hintergrund, die Rahmenbedingungen sowie die Zusammensetzung und die Aufgaben des Netzwerks vorgestellt.

RATINGEN (RP/jün) Kinder und Jugendliche vor Vernachlässigung und jeglicher Form von Gewalt zu schützen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und insbesondere auch ein Grundziel der Jugendhilfe. Kinderschutz gelingt in gemeinsamer Verantwortung, dafür braucht es aber eine wachsame Öffentlichkeit und ein gut funktionierendes Netzwerk, um Gefährdungen frühzeitig wahrnehmen und abwenden zu können. In Ratingen ist man auf einem guten Weg: Jetzt fand im Rathaus

„An verschiedensten Schnittstellen gibt es bereits gute Kooperationen, Arbeitskreise und fachlichen Austausch“

Harald Filip
Jugenddezernent

auf Einladung des Jugendamtes das erste Netzwerktreffen Kinderschutz statt, gekommen waren zahlreiche Akteure verschiedenster Einrichtungen und Institutionen, die in Ratingen beruflich Kontakt zu Kindern, Jugendlichen und Familien haben.

Leider kommen immer wieder Fälle von Kindesmissbrauch ans Licht. Die Analyse schwieriger Fallverläufe oder Fälle mit großer medialer Aufmerksamkeit haben sicher mit dazu beigetragen, dass die Gesetzgeber hier die gesetzlichen Bestimmungen angepasst haben.

In NRW ist seit Mai 2022 im Landeskinderschutzgesetz verpflichtend geregelt, dass die Jugendämter Kinderschutznetzwerke gründen und koordinieren. Mit dieser Aufgabe sind im Ratinger Jugendamt die beiden Kinderschutzkoordinatoren Julia Kaiser und Justyna Miga befasst, die das erste Treffen konzipiert und organisiert haben.

Die Auftaktveranstaltung im Rathaus stieß auf große Reso-



Zum ersten Netzwerktreffen Kinderschutz konnte Jugenddezernent Harald Filip zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßen.

FOTO: STADT RATINGEN

nanz: Neben den städtischen Akteuren aus den Bereichen wie Jugendamt, Psychologische Beratungsstelle, Schulsozialarbeit oder Kindertagesbetreuung waren beispielsweise auch Vertreter der Polizei, der Staatsanwaltschaft Düsseldorf, des Sozialpsychiatrischen Dienstes, des Kinderschutzbundes, des Gesundheitsamtes, der Ambulanten Jugendhilfe der Diakonie, der Suchtberatung, des Familiengerichts, des SKf, der Lebenshilfe sowie eine Gynäkologin vertreten. Sie alle dienen als Multiplikatoren in ihren Einrichtungen

oder Berufsgruppen. „Dass Netzwerkarbeit und multiprofessionelles Handeln im Kinderschutz wichtig sind, ist uns allen bewusst. An verschiedensten Schnittstellen gibt es bereits gute Kooperationen, Arbeitskreise und fachlichen Austausch“, betonte Jugenddezernent Harald Filip bei der Begrüßung der Netzwerkteure.

Mit dem Rückenwind durch die neue Gesetzgebung macht sich das interdisziplinäre Netzwerk in Ratingen nun auf den Weg, durch eine effektive und schnelle Zu-

INFO

Rechtliche Grundlagen der neuen Netzwerke

Die Jugendämter bilden Netzwerke zur interdisziplinären Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung des Schutzauftrags bei Kindeswohlgefährdung. Jedes Jugendamt unterhält eine Koordinierungsstelle für das Netzwerk Kinderschutz, das es gebildet hat oder an dem es beteiligt ist.

sammenarbeit den Schutz der Kinder noch intensiver in den Blick zu nehmen und zu verbessern. Filip betonte: „Ich wünsche mir für Ratingen ein starkes und tragfähiges Netzwerk und bin optimistisch, dass wir von den unterschiedlichen Expertisen und Sichtweisen zum Schutz unserer Kinder profitieren können.“

Beim ersten Treffen wurden zunächst einmal der gesetzliche Hintergrund, die Rahmenbedingungen sowie die Zusammensetzung und die Aufgaben des Netzwerks vorgestellt.

Erste-Hilfe-Fibel als Notnagel

DRK-Kreisverband hat 28-seitige Notfallfibel als fixen Ratgeber für zu Hause erstellt.

KREIS METTMANN (von) Ein Kernaufgabenfeld des DRK als Hilfsorganisation ist die Ausbildung in der Ersten Hilfe. Nun hat der Kreisverband eine 28 Seiten starke Broschüre als Erste-Hilfe-Fibel publiziert. Die Idee zur Erstellung ist in einer Arbeitsgruppe entstanden, in der sowohl der Kreisverband Mettmann als auch die 13 DRK-Ortsvereine im Kreis Mettmann vertreten sind, wie DRK-Mitglied Reinhold Salwski informiert.

Die fachliche Zusammenarbeit zu den einzelnen Erste-Hilfe-Themen ist durch das Erste Hilfe-Team des DRK-Kreisverbandes erfolgt. Die Fibel ist vor



Das DRK gibt mit dem neuen Ratgeber Erste-Hilfe-Tipps für Zuhause.

wenigen Wochen in Druck gegangen, es gibt sie in 13 Versionen. „Je eine Version für einen DRK-Ortsverein. Auf zwei Seiten der Fibel stellt sich der Ortsverein vor.“ Der Rest sind geballte Infos zu Themen wie Druckverhalte, stabiler Seitenlage, Wiederbelebung oder Bauchverletzungen. Die Broschüre ist kostenlos und via info@DRK-mettmann.de oder Telefon 02104 216900 zu beziehen. Sie ersetzt keinesfalls ärztliche Hilfenahme.

„Bitte frischen Sie Ihre Kenntnisse regelmäßig auf und besuchen Sie einen unserer DRK-First-Hilfe-Kurse“, lautet der Appell.

ChatGPT & Co. bei Ämtern

Wie sich künstliche Intelligenz bei Behörden nutzen lässt, ist Thema im Ausschuss.

METTMANN (von) Künstliche Intelligenz wie ChatGPT ist ein Chatbot, der auf jede Frage eine fixe Antwort hat. Er verfasst Texte, programmiert Software und zeichnet ein liebliches Katzenbild und kann im Alltag helfen. Neben den Hoffnungen bereitet der Fortschritt auch Sorgen. Die Fragen reichen von der Furcht, ob künstliche Intelligenz mehr Jobs vernichtet als sie schafft bis zur verlogenen Schläue und Glaubhaftigkeit.

In seiner Sitzung am Montag, 15. Mai, von 16.30 Uhr an widmet sich der Kreisausschuss für Digitalisierung dem Thema mit einem Vor-

trag. In loser Reihenfolge wurden bereits Einzelthemen der Digitalisierung aufgegriffen – so auch das Thema der sogenannten Künstlichen Intelligenz. Hier gab es inzwischen eine rasante Weiterentwicklung. Sprachassistenten wie Siri, Alexa oder Cortana gehören bereits zum Alltag vieler Menschen – moderne Chatbots wie ChatGPT oder Bing Chat eröffnen plötzlich ungeahnte Potenziale – nicht nur, um für die Schule schnell ein Referat zu schreiben. „Chatbots können auch in der öffentlichen Verwaltung eingesetzt werden, um den Kundenservice zu verbessern und gleichzeitig

die Sachbearbeitung zu entlasten“, heißt es dazu in der Ausschussvorlage. Chatbots können beispielsweise dazu beitragen, Anfragen von Bürgern schneller zu bearbeiten und die Effizienz der Verwaltung zu steigern. „Es gibt einige Risiken“, etwa Datenschutzprobleme und Sicherheitsbedenken. „Es ist auch wichtig zu beachten, dass Chatbots nicht in der Lage sind, komplexe Fragen oder Probleme zu lösen“, wissen die IT-Experten im Kreis Mettmann. Im Rahmen einer Präsentation im Kreishaushaus Mettmann, Düsseldorf Straße 26, Zimmer 1.601, werden Risiken und Chancen skizziert.

Politik diskutiert weiter über den Einsatz von Bodycams

RATINGEN (RP/kle) Es bleibt ein viel diskutiertes Thema: Die Fraktion der AfD unterstützt die Initiative der Bürger Union für einen Prüfauftrag zum Einsatz von Bodycams für den Kommunalen Ordnungsdienst. Angesichts der stetig ansteigenden Respektlosigkeit und Gewalt gegen Polizisten, Feuerwehrleute, Hilfsdienste und Ordnungskräfte müsse alles getan werden, um die Sicherheit und körperliche Unversehrtheit der Diensttuenden zu bewahren. Bodycams könnten dafür ein geeignetes Instrument sein.

AfD-Ratsherr Bernd Ulrich, Mitglied des Polizeibeirats des Kreises Mettmann, gibt zu bedenken: „Genau dieses Thema haben wir in der letzten Sitzung des Polizeibeirates im März behandelt. Wie uns von den mit der Sache befassten Beamten

berichtet wurde, sind allerdings die gesetzlichen Rahmenbedingungen und Vorschriften zum Einsatz dieser Geräte sehr restriktiv und oftmals leider kontraproduktiv. Denn sofern keine unmittelbare Gefahr im Verzug ist, müssen die Polizeibeamten ihrem Gegenüber das Einschalten der Kamera mitteilen. Eine häufige Reaktion ist dann die, dass die Beamten beim weiteren Einsatz dann selbst in provokanter Weise mit dem Handy gefilmt werden. Somit bewirkt der Einsatz der Bodycams statt einer Deeskalation häufig genug genau das Gegenteil. Hier sind Landesregierung und Gesetzgeber gefordert, um eine praktikablere Lösung im Sinne der betroffenen Beamten zu erarbeiten.“

Nachdem das Ministerium des Inneren am 3. August 2021 mit einem

Erlass die Rechtsgrundlage für den Einsatz optisch-technischer Mittel in Dienstfahrzeugen und für den Einsatz von Bodycams durch Vollzugskräfte der Ordnungsbehörden geschaffen hat, können diese Ausstattungen zum Schutz der Mitarbeiter im Außendienst sowie zur Beweissicherung von Übergriffen durch die Kommunen eingeführt werden.

Seither haben sich viele Kommunen dazu entschieden, solche Systeme anzuschaffen. Dies geschah zum einen, um ihre Mitarbeiter besser vor Übergriffen zu schützen, zum anderen aber auch, um eine deeskalierende Wirkung zu erzielen, im Bedarfsfälle auch die Beweissicherung zu erleichtern.

Auch in Ratingen hat es bereits tätliche Angriffe auf Ordnungskräfte

gegeben, allgemein sei ein bedauernder Anstieg solcher Übergriffe zu verzeichnen, so die Fraktion, die davon überzeugt ist, dass die Erfahrungen, die Kommunen, die diese Systeme bereits im Einsatz erprobt haben, bei der eigenen Entscheidungsfindung hilfreich sind.

„Denken wäre unserer Ansicht nach auch, zunächst eine Pilotphase vorzuschalten, in der auf freiwilliger Basis nur ein Teil der infrage kommenden Mitarbeiter mit den Bodycams ausgestattet wird. Deshalb möchten wir die Verwaltung bitten, vor einer Entscheidung alle relevanten Fakten und Argumente für oder gegen eine solche Investition ergebnisoffen zu prüfen, um dann eine Entscheidung seriös treffen zu können“, so BU-Fraktionsvorsitzender Rainer Vogt.



Bodycams sind bei der Polizei schon im Einsatz, nun soll der Kommunale Ordnungsdienst in Ratingen damit ausgestattet werden. FOTO: DRP